

## **Niederschrift**

---

**UMWELT/IX/014**

**Ausschuss für Umwelt, Grundwasser, Energie und Klimaschutz**

**Donnerstag, 23.01.2020, 18:00 Uhr**

**Ratssaal, Don-Bosco-Str. 6, 41352 Korschbroich**

### **Tagesordnung**

#### **I. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

#### **II. Öffentlicher Teil**

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin
2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
3. Einführung und Verpflichtung der sachkundigen Bürger/Bürgerinnen
4. Ergebnisbericht Baumschutzsatzung 2019  
Vorlage: IX/1292
5. Förderprogramm "Hausbaum"  
Traditionelles Kulturlandschaftselement und Beitrag zum Arten- und Klimaschutz  
Vorlage: IX/1293
6. Gewährung von Zuschüssen an Vereine und Verbände für das Jahr 2020  
Vorlage: IX/1295
7. Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.11.2019  
hier: Klimanotstand für Korschbroich
8. Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 31.12.2019  
hier: Klimaschutz und Klimaanpassung der Stadt Korschbroich
9. Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.11.2019  
hier: Klimaschutzauswirkungen bei allen Beschlüssen
10. Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 31.12.2019  
hier: Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes

11. Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.11.2019  
hier: Klimaneutralität am gesamten Verwaltungshandeln
12. Antrag der Ratsfraktion "Grüne Realos" vom 12.11.2019  
hier: Klimaneutraler Haushalt
13. Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 31.12.2019  
hier: Vorlage eines jährlichen Klimaschutzberichtes
14. Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.11.2019  
hier: Jährliche Bilanzierung der umgesetzten Klimaschutzmaßnahmen
15. Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.11.2019  
hier: Regelmäßige Berichterstattung zur Klimafolgenabschätzung
16. Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.11.2019  
hier: Informationskampagne Bürgerschaft
17. Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 10.12.2019  
hier: Vorstellung des Konzeptes "Regionale Klimawandelvorsorgestrategie"
18. Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.11.2019  
hier: Fassaden und Dächer öffentlicher Gebäude und Buswartestellen begrünen oder mit Solaranlagen bestücken
19. Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.11.2019  
hier: Bestückung aller öffentlicher Gebäude mit Photovoltaik-Anlagen
20. Antrag der CDU-Ratsfraktion und SPD-Ratsfraktion vom 11.11.2019  
hier: Begrünung von Bushaltestellen
21. Antrag der Ratsfraktion "Grüne Realos" vom 12.11.2019  
hier: Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden und energetische Sanierungsmaßnahmen
22. Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 10.12.2019  
hier: Information über die Arbeit "Bündnis für Insektenschutz"
23. Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.11.2019  
hier: Vorlage eines Kulturlandschaftskonzeptes
24. Mitteilungen
25. Anfragen von Ausschussmitgliedern

### **III. Nichtöffentlicher Teil**

1. Mitteilungen
2. Anfragen von Ausschussmitgliedern

## **Anwesenheitsliste**

### **CDU-Ratsfraktion**

Fonk, Petra	stellv. Ausschussmitglied
Heidemann, Andreas	Ausschussmitglied
Indenhuck, Hubert	Ausschussmitglied
Krames, Ursula	sachk. Bürgerin
Lieser, Wolfgang	Ausschussmitglied
Scheufeld, Bernd	sachk. Bürger

### **SPD-Ratsfraktion**

Afflerbach, Karl-Ulrich	Ausschussmitglied
Peternell, Elke	stellv. sachk. Bürgerin
Teppler-Lenzen, Denis	sachk. Bürgerin

### **Ratsfraktion Die Aktive**

Pflieger, Hermann	sachk. Bürger
Schmier, Rolf	stellv. Ausschussmitglied

### **Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Andretzky, Jochen

### **Ratsfraktion Grüne Realos**

Houben, Wolfgang	Ausschussvorsitzender
------------------	-----------------------

### **FDP-Ratsfraktion**

Gruhl, Hermann-Joseph	Ausschussmitglied
-----------------------	-------------------

### **Ratsfraktion ULLi/Zentrum**

Makowiack, Bernd	Mitglied mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 GO NRW
------------------	--

### **BUND**

Sack, Gerd	sachk. Einwohner
------------	------------------

### **Verwaltung**

Hoffmans, Dieter	Leiter Amt 61 (Stadtentwicklung, Planung und Bauordnung)
Onkelbach, Georg	Beigeordneter
Singendonk, Daniela	
Venten, Marc	Bürgermeister
Verjans, Theo, Dr.	stellv. Schriftführer

## **Niederschrift**

Der Ausschussvorsitzende Wolfgang Houben eröffnet die 14. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Grundwasser, Energie und Klimaschutz und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Weiter stellt er fest, dass der Ausschuss für Umwelt, Grundwasser, Energie und Klimaschutz beschlussfähig ist.

Einwendungen werden nicht erhoben.

### **I. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

Anfragen werden nicht gestellt.

### **II. Öffentlicher Teil**

#### **1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin**

Zum Schriftführer wird der technische Angestellte Dr. Theo Verjans bestellt.

#### **2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift**

Zur Mitunterzeichnung wird einstimmig bei einer Stimmenthaltung das Ausschussmitglied Hermann-Joseph Gruhl bestellt.

#### **3. Einführung und Verpflichtung der sachkundigen Bürger/Bürgerinnen**

Es werden keine Verpflichtungen vorgenommen.

#### **4. Ergebnisbericht Baumschutzsatzung 2019**

Dr. Verjans erläutert kurz die Sitzungsvorlage. Insgesamt ist die Zahl der Anträge leicht zurückgegangen; Gründe hierfür können nicht benannt werden. Der Trend des Vorjahres bzgl. des Absterbens von diversen Baumarten insbesondere Fichte aber auch Birke, Eberesche, Esche, Rosskastanie, Ahorn etc. hat sich auch aufgrund des trockenen Sommers und diversen Schädlingsbefalls (Insekten, Bakterien, Viren; Pilze) weiter fortgesetzt. Er verweist in diesem Zusammenhang auch auf die zwischenzeitlich durchgeführten Fällungen der Birken am Sportplatz in Steinhausen.

Auch hat in den letzten Jahren der Trend zu Ersatzgeldzahlungen statt Pflanzungen auf dem eigenen Grundstück mehr und mehr zugenommen. Als Gründe hierfür können relativ kleine Grundstücksgrößen und eine stärkere Verdichtung der Baugrundstücke angeführt werden.

Es schließt sich eine Diskussion insbesondere zu den möglichen Ersatzanpflanzungen (Artenauswahl) an.

Ausschussmitglied Wolfgang Lieser schlägt vor, mehr Esskastanien zu pflanzen, da diese sehr robust sind. Dr. Verjans stimmt dem Vorschlag zu und erläutert, dass er zurzeit generell andere Sorten ausprobieren würde, die den sich ändernden Klimabedingungen (längere Trockenperioden/höhere Extremtemperaturen) besser angepasst und zugleich auch insektenfreundlich sind. Man greife da u.a. auf entsprechende Forschungsansätze sowohl aus dem Forstbereich als auch auf entsprechende Erkenntnisse der Gartenbauamtsleiter anderer Städte zurück.

Ausschussmitglied Ulrich Afflerbach erwähnt zudem, dass „alte“ Sorten, wie Birken und Ahorn, kaum noch vorhanden sind und ob es möglich wäre, diese auch wieder neu zu pflanzen.

Dr. Verjans erklärt, dass es immer schwieriger ist Bäume zu finden, die allen Anforderungen hinsichtlich des heutigen Klimas und der neu aufkommenden Pflanzenkrankheiten, gerecht werden. So sei etwa beim Ahorn die Rußrindenkrankheit auf dem Vormarsch, insofern ist es erforderlich auch neue Arten aufzunehmen umso zu einem gesunden Mix zu kommen. Auf alte, bewährte Sorten könne man insbesondere bei den Obstgehölzen setzen.

Die sachkundige Bürgerin Denis Teppler-Lenzen bedauert die Fällung der Birkenallee am Sportplatz und äußert den Wunsch, doch bitte eine neue Allee mit Birken anzupflanzen. Dr. Verjans stimmt dem zu.

Ausschussmitglied Jochen Andretzky fragt nach der Baumarten-Auswahl der Ersatzanpflanzungen. Dr. Verjans erklärt, dass die Liste der Baumarten für die Ersatzanpflanzungen immer wieder angepasst werden. Auch die Kastanie wird als mögliche Ersatzanpflanzung im Rahmen der Baumschutzsatzung akzeptiert, ebenso hochstämmige Obstbäume.

Der Ausschuss für Umwelt, Grundwasser, Energie und Klimaschutz nimmt den Ergebnisbericht Baumschutzsatzung 2019 der Verwaltung ohne besonderen Beschluss zur Kenntnis.

## **5. Förderprogramm "Hausbaum"** **Traditionelles Kulturlandschaftselement und Beitrag zum Arten- und Klimaschutz**

Herr Dr. Verjans stellt nochmals kurz die Eckpunkte des geplanten „Hausbaum“ Programms aus der Sitzungsvorlage vor und stellt die Beweggründe für die Initiierung des Programms dar.

Zunächst nimmt Ausschussmitglied Wolfgang Lieser für die CDU-Fraktion Stellung. Er betont, dass es sich um einen weiteren Mosaikbaustein handelt, der im Kontext zum Entsiegelungsprogramm zu betrachten ist. Zudem trage dies auch zu einer größeren Identifikation der Menschen vor Ort mit der Natur bei. Das vorgeschlagene Programm sei eine sehr sinnvolle Angelegenheit und finde volle Unterstützung.

Auch das Ausschussmitglied Ulrich Afflerbach spricht sich im Namen der SPD-Fraktion für die Einführung des Förderprogramms „Hausbaum“ aus.

Ausschussmitglied Gerd Sack hält das geplante Programm ebenfalls für eine vernünftige Sache; er bemängelt jedoch die viel zu häufigen Fällungen im Wald.

Beigeordneter Georg Onkelbach weist darauf hin, dass es hier nicht um Forstwirtschaftliche Angelegenheiten und den Wald gehe. Gerne könne man die Thematik zu einem anderen Zeitpunkt, etwa im Rahmen des Forstwirtschaftsplanes ansprechen. Hier und jetzt solle man sich jedoch auf das Förderprogramm konzentrieren.

Ausschussmitglied Bernd Makowiack bedauert, dass die Ersatzgeldzahlungen zugenommen haben und fragt in diesem Zusammenhang, wie realistisch es ist, dass trotz gestiegenen Ersatzgeldzahlungen Bürger Bäume in ihrem Garten oder Vorgarten pflanzen.

Techn. Beigeordneter Georg Onkelbach erläutert hierzu, dass natürlich keine Prognose abgegeben werden kann, wie das Programm angenommen wird- aber jeder Baum zähle. Wie bereits erläutert, komme die Ersatzgeldzahlung insbesondere dann zum Tragen, wenn kein Platz mehr auf dem eigenen Grundstück zur Verfügung steht, z.B. aufgrund einer Neubebauung. Mit dem Programm werde aber ein viel größerer Personenkreis angesprochen. Ziel sei es, die Bürgerinnen und Bürger zum Mitmachen zu animieren. Man solle dies doch einfach einmal ausprobieren.

Ausschussmitglied Jochen Andretzky stellt heraus, dass er sich in der Sitzungsvorlage eine stärkere Betonung des Aspektes Klimaschutz gewünscht hätte, statt des „Heimatgedankens“.

Im Anschluss hieran lässt der Ausschussvorsitzende über die Verwaltungsvorlage abstimmen.

#### Beschluss-Nr. IX/1293

Der Ausschuss spricht sich für die Einführung eines Förderprogramms „Hausbaum“ aus und beauftragt die Verwaltung, eine entsprechende Förderrichtlinie zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:      14 Stimmen dafür  
   0 Stimmen dagegen  
   0 Stimmenthaltungen

### **6. Gewährung von Zuschüssen an Vereine und Verbände für das Jahr 2020**

Der Ausschussvorsitzende Wolfgang Houben fragt, ob es zur Vorlage Anmerkungen gibt.

Ausschussmitglied Bernd Makowiack spricht sich für eine Erhöhung der Zuschüsse an die Vereine und Verbände aus.

Sodann wird ohne weitere Diskussion über den vorliegenden Antrag abgestimmt.

#### Beschluss-Nr. IX/1295

Der Ausschuss für Umwelt, Grundwasser und Energie beschließt, den nachfolgend aufgeführten Vereinen und Verbänden zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben auch für das Jahr 2020 einen Zuschuss in Höhe von je 81,60 € zu gewähren:

1. Deutscher Siedlerbund e.V., Siedlergemeinschaft Korschenbroich
2. Gartenbauverein Korschenbroich

3. Gartenbauverein Kleinenbroich
4. Imkerverein Korschenbroich (Bienenzuchtverein)
5. B.U.N.D. – Ortsgruppe Korschenbroich
6. Vogelschutzgruppe Korschenbroich

Abstimmungsergebnis:      14 Stimmen dafür  
   0 Stimmen dagegen  
   0 Stimmenthaltungen

Der Ausschussvorsitzende Wolfgang Houben geht sodann auf die weitere Vorgehensweise und den geplanten Umgang mit den Anträgen ein. Aufgrund der Vielzahl der Anträge könne nicht über jeden Antrag im Einzelnen inhaltlich diskutiert werden. Bei den meisten Anträgen sei daher nur über das weitere Vorgehen zu entscheiden. Dies könnten dann sukzessive in den nächsten Sitzungen abgearbeitet werden. Auszunehmen von dieser Vorgehensweise sind die Anträge zu Top 7 und Top 8, da es sich hier um politische Willensbekundungen handelt.

Mit der Vorgehensweise erklären sich alle, ohne besonderen Beschluss, einverstanden.

#### **7. Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.11.2019 hier: Klimanotstand für Korschenbroich**

Ausschussmitglied Jochen Andretzky fragt zunächst nach, ob der Antrag nochmal im Stadtrat behandelt wird. Dies wird vom Techn. Beigeordneten Georg Onkelbach für den Fall bejaht, dass der Antrag vom Ausschuss positiv beschieden würde.

Sodann begründet er den Antrag zur Ausrufung des Klimanotstandes.

Man solle sich der allgemeinen Bewegung anschließen und ein Signal setzen; schließlich befinde man sich ja im Klimanotstand. Dies werde auch durch die Vielzahl von Kommunen bestätigt, die der gleichen Auffassung sind und den Klimanotstand bereits ausgerufen haben.

Mit der Ausrufung des Klimanotstandes sei man in „guter Gesellschaft“ mit einer Vielzahl von Kommunen und mit der EU. Insofern solle der Umweltausschuss eine entsprechende Empfehlung an den Rat auszusprechen.

Es schließt sich eine rege Diskussion an.

Ausschussmitglied Gerd Sack verweist darauf, dass eine Großzahl von Städten bereits dafür plädiert habe. Zudem ist die Stadt Korschenbroich bereits seit 1993 im Klimabündnis, daher komme der Stadt eine besondere Stellung zu - von daher dürfte es also auch kein Problem darstellen, den Klimanotstand auszurufen.

Ausschussmitglied Wolfgang Lieser spricht sich gegen die Ausrufung des Klimanotstandes aus; dies sei ihm zu pessimistisch. Die Stadt Korschenbroich betreibe seit Jahren zahlreiche Projekte; er verweist hier beispielhaft z.B. auf das Obstwiesenprojekt der Stadt und die Installation des Blockheizkraftwerkes am Gymnasium. Es sei vielmehr persönliches Engagement vor Ort gefragt. Er lehne es ab, dass durch die Ausrufung des Klimanotstandes ein negatives Bild der Stadt gezeichnet werde, was -wie dargelegt- so nicht zutreffe. Vielmehr müsse der Focus auf

die Verwirklichung konkreter Maßnahmen zum Klimaschutz Vorort gelegt werden; jeder müsse hierzu beitragen.

Ausschussmitglied Herrmann Pflieger lehnt ebenfalls die Ausrufung des Klimanotstandes als rein symbolischen Akt ab. Zudem können man das Klima auf Stadtebene ohnehin nicht so stark beeinflussen. Er stimmt den Ausführungen von Herrn Lieser zu, dass man sich lieber auf konkrete Maßnahmen vor Ort konzentrieren soll.

Ausschussmitglied Gerd Sack stimmt den Ausführungen von Herrn Lieser insofern zu, als dass sich das Leben jedes Einzelnen zukünftig ändern werde; man müsse grundsätzlich eine andere Einstellung annehmen, um Klimazeile zu erreichen. Hierfür sei es notwendig, dass jeder sein Leben ändere.

Ausschussmitglied Jochen Andretzky unterstreicht nochmals seine Position. Man können hier nicht nach dem St. Florians Prinzip vorgehen. Es sie zwar richtig, dass die Stadt bereits in der Vergangenheit Maßnahmen zum Klimaschutz durchgeführt hat, dies sei jedoch insgesamt zu wenig und auch zu spät geschehen. Die junge Generation wolle, dass wir als Politik sich der Sache annehmen. Die Entscheidung den Klimanotstand nicht auszurufen sei, ein Statement gegen eine ganze Generation.

Ausschussmitglied Ulrich Afflerbach spricht sich dafür aus, die bisherigen Maßnahmen der Stadt kontinuierlich fortzuführen und weiter auszubauen. Es müsse jedoch noch sehr viel passieren. Insbesondere müsse man die bereits getroffenen Maßnahmen für die Bürgerinnen und Bürger auch erkennbar machen (z.B. Photovoltaikanlagen auf städt. Gebäuden). Das Projekt „Hausbaum“ sei hier ein guter Anfang.

Wichtig sei es zudem ein Klimaschutzkonzept zu entwickeln um hieraus weitere konkrete Maßnahmen abzuleiten. Mit Statements alleine komme man nicht weiter, es sei Zeit konkret anzupacken, damit wir dafür sorgen, dass unsere Kinder und Kindeskindern hier leben können.

Ausschussmitglied Hermann-Joseph Gruhl teilt die Auffassung, dass man der jungen Generation durch konkretes Handeln helfen müsse. Auch er lehnt eine Ausrufung des Klimanotstandes ab.

Ausschussmitglied Bernd Makowiack hält den Streit für kindisch; schließlich wollten ja alle etwas für den Klimaschutz tun.

Ausschussmitglied Wolfgang Lieser bemerkt – an Herrn Makowiack gewandt - dass es sich nicht um einen Streit, sondern um eine politische Diskussion handelt, die nun mal zur Demokratie gehört.

Er betont nochmals, dass es jetzt um die Umsetzung praktischer Maßnahmen geht und nicht um die Abgabe von Statements. Inhaltlich sei er jedoch bei Herrn Andretzky.

Ausschussmitglied Jochen Andretzky betont, dass die Anträge von Bündnis 90/die Grünen weit über die Begrifflichkeit Klimanotstand hinausgehen; man wolle mehr tun und dies auch stärker



vertreten. Insofern mute die Grundsatzdiskussion um das Wort Klimanotstand etwas seltsam an. Er betont nochmals, dass man zwar auf einem guten Weg ist, dies jedoch noch zu wenig sei und die Umsetzung viel zu langsam.

Ausschussmitglied Gerd Sack betont, dass man aus wissenschaftlicher Sicht schon weit über den Notstand hinaus ist. Der Notstand herrsche weltweit und man solle den Ernst der Lage endlich erkennen.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende Wolfgang Houben über den Antrag abstimmen.

#### Beschluss-Nr.

Der Ausschuss für Umwelt, Grundwasser Energie und Klimaschutz empfiehlt dem Rat den Klimanotstand für die Stadt Korschenbroich zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:      2 Stimmen dafür (Bündnis 90/Die Grünen und Grüne Realos)  
   12 Stimmen dagegen  
   0 Stimmenthaltungen

Damit ist die Beschlussempfehlung an den Rat, den Klimanotstand zu erklären, abgelehnt.

#### **8. Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 31.12.2019 hier: Klimaschutz und Klimaanpassung der Stadt Korschenbroich**

Herr Afflerbach erläutert im Einzelnen nochmals den Antrag der SPD Fraktion.

Es schließt sich eine Diskussion an.

Ausschussmitglied Gerd Sack verweist darauf, dass die Stadt bereits seit 2009 ein Klimaschutzkonzept habe. Viele der nunmehr gestellten Anträge seien überflüssig, da sie bereits im Konzept enthalten sind und die Umsetzung seit damals möglich ist.

Techn. Beigeordneter Georg Onkelbach stellt klar, dass es hier nur um die Punkte 1-4 (Nr. 3 fehlt) d.h. um die „Grundsatzklärung“, geht.

Ausschussmitglied Wolfgang Lieser hebt hervor, dass der Antrag nochmals die wesentlichen Punkte zusammenfasst und die Vorgaben klar darlegt. Es sei wichtig, die Thematik nochmals in Erinnerung zu rufen, da Sie zwischenzeitlich „verschollen“ war. Man wolle gemeinsam Lösungen erarbeiten.

Ausschussmitglied Ulrich Afflerbach unterstreicht zunächst, dass er auf der gesamten Wegstrecke seit 2009 dabei gewesen ist. Er habe immer versucht, zu Lösungen zu kommen. Nunmehr müsse man die Sache wieder aufgreifen. Er teile die Auffassung von Herrn Lieser - verschollen sei hier der richtige Ausdruck. Man stehe mit dem Antrag in der Kontinuität alter Beschlüsse, es sei jedoch wichtig, die Thematik nochmals ins Bewusstsein zu rücken, auf neuere und intensivere Art und mit neuem Schwung anzugehen und in konkrete Projekte umzusetzen.

Der Techn. Beigeordneter Georg Onkelbach unterstreicht, dass alle in die gleiche Richtung wollen. Insofern sei es wichtig, eine Aufbruch-Stimmung zu erzeugen und auf der Basis der Grundsatzklärung mit Macht nach vorne zu gehen. Sicherlich müsse man auch aus den Geschehnissen seit 2009 lernen.



**9. Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.11.2019  
hier: Klimaschutz Auswirkungen bei allen Beschlüssen**

Ausschussmitglied Wolfgang Lieser bemängelt, dass der Antrag nicht präzise genug ist. Es sei nicht nachvollziehbar, welche Aussagen im Einzelnen bei den Sitzungsvorlagen getroffen werden sollen.

Ausschussmitglied Jochen Andretzky schlägt daraufhin vor, dass die Verwaltung prüfen soll, welche Aussagen getroffen werden können.

Bürgermeister Marc Venten erläutert, dass man sich den Sachverhalt bei anderen Kommunen ansehen werde um Art und Umfang entsprechender Aussagen zum Klimaschutz bei Verwaltungsvorlagen abzuschätzen.

Beschluss-Nr.

Die Verwaltung wird beauftragt, Art und Umfang entsprechender Aussagen zum Klimaschutz bei Verwaltungsvorlagen zu prüfen und die Ergebnisse dem Ausschuss für Umwelt, Grundwasser, Energie und Klimaschutz wieder zur Beratung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür  
0 Stimmen dagegen  
0 Stimmenthaltungen

**10. Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 31.12.2019  
hier: Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes**

Beschluss-Nr.

Die Verwaltung möge prüfen, ob und wie unter Einbeziehung relevanter zivilgesellschaftlicher Akteure und möglichst in Zusammenarbeit mit dem Rhein-Kreis-Neuss, ein integriertes Klimaschutzkonzept erarbeitet werden kann. Dafür sollen auch die entsprechenden Fördermittel des Bundes beantragt werden.

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür  
0 Stimmen dagegen  
0 Stimmenthaltungen

**11. Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.11.2019  
hier: Klimaneutralität am gesamten Verwaltungshandeln**

Ausschussmitglied Jochen Andretzky erläutert, dass Klimaneutralität vorrangiges Ziel jeglichen Verwaltungshandelns sein sollte. Er schlägt vor, den Antrag ebenfalls an die Verwaltung zur inhaltlichen Prüfung zu verweisen.

Ausschussmitglied Wolfgang Lieser plädiert dafür, dies in die Hände des neuen Klimaschutzbeauftragten zu legen, der hierfür die erforderlichen Grundlagen ermitteln soll.

Technischer Beigeordneter Georg Onkelbach erläutert, dass ein entsprechender Beschluss formal an die Verwaltung zu richten ist; da der zukünftige Klimaschutzbeauftragte Teil der Verwaltung sein wird.



0 Stimmenthaltungen

**13. Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 31.12.2019**  
**hier: Vorlage eines jährlichen Klimaschutzberichtes**

**14. Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.11.2019**  
**hier: Jährliche Bilanzierung der umgesetzten Klimaschutzmaßnahmen**

Auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden Wolfgang Houben werden die Tagesordnungspunkte 13 und 14 gemeinsam behandelt. Zugleich verweist er darauf, dass beides wohl in den Aufgabenbereich des noch einzustellenden Klimaschutzmanagers fällt.

Ausschussmitglied Jochen Andretzky fragt nach, ob die Stelle des Klimaschutzmanagers befristet ist, da die Aufgaben in den Anträgen ja dauerhaft angelegt sind.

Der Techn. Beigeordnete Georg Onkelbach erläutert, dass die Stelle zunächst befristet auf zwei Jahre ist, dass aber eine dauerhafte Lösung angestrebt werde.

Beschluss-Nr.

Die Anträge auf Erstellung eines jährlichen Klimaschutzberichtes und einer jährlichen Bilanzierung der umgesetzten Klimaschutzmaßnahmen werden zur Prüfung und die Verwaltung verwiesen.

Abstimmungsergebnis:      14 Stimmen dafür  
   0 Stimmen dagegen  
   0 Stimmenthaltungen

**15. Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.11.2019**  
**hier: Regelmäßige Berichterstattung zur Klimafolgenabschätzung**

Der Techn. Beigeordnete Georg Onkelbach stellt zunächst klar, dass es sich hierbei nicht um eine wissenschaftliche Analyse handeln kann und das von städtischer Seite keine Klimaforschung betrieben wird. Es gehe vielmehr um die Folgenregulierung und wie man mit den Auswirkungen z.B. von Dürren, Hitzerekorden, Hochwasserereignissen etc. umgeht und was man hiergegen auf städtischer Ebene tun kann.

Die folgenden Wortbeiträge beziehen sich daher auch auf die Erwartungen, die an solche Klimafolgenabschätzung inhaltlich zu stellen sind.

Ausschussmitglied Wolfgang Lieser bezieht sich beispielhaft auf das Hochwasserrisiko bei Starkregenereignissen; das hierzu von Herrn Kochs vorgelegte Konzept müsse durch konkrete Maßnahmen ergänzt werden.

Ausschussmitglied Gerd Sack weist auf Gesundheitsaspekte, Frischluft- und Kaltluftschneisen etc. hin. Diese Aspekte müssten bei der Bauleitplanung als elementares Element berücksichtigt werden.

Ausschussmitglied Jochen Andretzky unterstreicht noch einmal, dass Klima seinen Ausdruck in den Wetterereignissen vor Ort finde. Insofern sei seines Erachtens die Folgenminimierung vor Ort zu betrachten, er sehe daher Themenfelder wie die Kühlung oder die Verschattung von Gebäuden, die Auswahl angepasster Baumarten und die Neuanpflanzung von Bäumen im Focus.

Beschluss-Nr.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten einer Klimafolgenabschätzung zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür  
0 Stimmen dagegen  
0 Stimmenthaltungen

**16. Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.11.2019  
hier: Informationskampagne Bürgerschaft**

Beschluss-Nr.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten zur Umsetzung einer Informationskampagne für mehr energetisch sanierte Gebäude, für die Anpassung an die Klimafolgen sowie entsprechende Förderungen zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür  
0 Stimmen dagegen  
0 Stimmenthaltungen

**17. Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 10.12.2019  
hier: Vorstellung des Konzeptes "Regionale Klimawandelvorsorgestrategie"**

Nach kurzer Diskussion, in der u.a. das Ausschussmitglied Gerd Sack auf das Institut für Urbanistik als Informationsquelle hinweist, wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss-Nr.

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Referenten zu dem o.g. Thema einzuladen und einen Präsentationstermin zu vereinbaren.

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür  
0 Stimmen dagegen  
0 Stimmenthaltungen

Da die Anträge zu den Tagesordnungspunkten 18-21 im Wesentlichen die gleiche Thematik zum Inhalt haben (hier: Dach- und Fassadenbegrünung von Bushaltestellen und öffentlichen Gebäuden bzw. deren Ausstattung mit Fotovoltaikanlagen), lässt der Ausschussvorsitzende über die weitere Vorgehensweise hierüber im „Block“ abstimmen. Die Titel der Anträge zu den Tagesordnungspunkten sind nachfolgend noch einmal aufgeführt



**23. Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.11.2019  
hier: Vorlage eines Kulturlandschaftskonzeptes**

Ausschussmitglied Jochen Andretzky erläutert, dass es im Wesentlichen darum geht, zu erfahren, was der Kreis im Konzept vorsieht. Insofern schlägt er vor, dass von Seiten des Kreises Neuss das Konzept im Ausschuss vorgestellt und erläutert wird.

Der technische Beigeordnete Georg Onkelbach verweist darauf, dass sich Herr Dr. Verjans auf diesem Gebiet gut auskennt und das Konzept auch vorstellen kann; man werde sehen, ob auch Herr Grosse vom Rhein-Kreis bereit ist, das Konzept vorzustellen - eventuell an einem Termin mit der Vorstellung der bisherigen Ergebnisse aus Aktionsbündnis Insekten (ABI).

Beschluss-Nr.

Es ergeht folgender Auftrag an die Verwaltung:

Das Kulturlandschaftskonzept soll in einer der nächsten Ausschusssitzungen vorgestellt und diskutiert werden.

Abstimmungsergebnis:      14 Stimmen dafür  
   0 Stimmen dagegen  
   0 Stimmenthaltungen

**24. Mitteilungen**

Der technische Beigeordnete Onkelbach weist darauf hin, dass die Bearbeitung der Fülle an Prüfaufträgen an die Verwaltung zum Thema Klimaschutz angesichts der Personalausstattung einige Zeit in Anspruch nehmen wird, zumal der neue Klimaschutzmanager erst ab Mai eingestellt wird.

- Technischer Beigeordneter Onkelbach berichtet über den Sachstand in Sachen Windrad bei Lüttenglehn. Der Rhein-Kreis-Neuss hat das Vorhaben aus luftverkehrsrechtlichen Gründen (zu große Höhe, 15m zu hoch) zunächst abgelehnt. Es handelt sich jedoch hierbei nicht um eine endgültige Entscheidung. Insofern ist die weitere Entwicklung abzuwarten. Die planungsrechtliche Stellungnahme der Stadt Korschenbroich sei negativ gewesen, da das Vorhaben außerhalb der städtischen Konzentrationszonen lag.
- Ausschussmitglied Wolfgang Lieser berichtet über das Projekt Blühpatenschaften der Landwirtschaft und erläutert kurz die wesentlichen Inhalte. Die Vorstellung des Programms werde voraussichtlich im Februar erfolgen, dann können man auch etwas über Kosten und den Umfang des Projektes sagen. Zugleich wirbt er um Unterstützung hierfür, auch von Seiten der Stadt.

Ausschussmitglied Afflerbach begrüßt das Programm. Hieran könnten sich neben Privatpersonen auch Vereine und Parteien (Ergänzung durch Ausschussmitglied Wolfgang Lieser) beteiligen.



## 25. Anfragen von Ausschussmitgliedern

- Ausschussmitglied Gerd Sack fragt nach der im Haushalt eingestellten Summe für das Tierheim in Ökhoven und was es damit auf sich habe.  
Techn. Beigeordneter Onkelbach antwortet, dass dies dem Fachbereich von Herrn Dückers und hier dem Ordnungsamt zuzuordnen ist - Insofern ist die Zuständigkeit des Hauptausschusses gegeben. Man werde jedoch versuchen, hierauf bereits in der Niederschrift zu antworten.

*Anmerkung der Verwaltung: Die interne Rücksprache mit dem Ordnungsamt hat Folgendes ergeben:*

*Gemäß BGB ist die Stadt verpflichtet, Fundsachen - hierzu zählen auch Fundtiere - ein halbes Jahr lang aufzubewahren. Da die Stadt Korschenbroich über kein eigenes Tierheim verfügt, übernimmt diese Aufgabe das Tierheim in Ökhoven. Das Geld wird für die Unterbringung, Pflege, Futter etc. verwandt. Die Abrechnung erfolgt neben einem Grundbetrag „spitz“ über den Rhein-Kreis-Neuss (zuständig Veterinäramt) nach Anzahl der „eingelieferten Tiere“. Bis auf die Stadt Neuss (eigenes Tierheim) sind hier auch die übrigen kreisangehörigen Kommunen beteiligt. Der eingestellte Haushaltsansatz resultiert aus den Erfahrungen der Vorjahre.*

- Ausschussmitglied Gerd Sack fragt nach, wo die im Haushalt veranschlagten 30.000,-€ für eine fahrradfreundliche Ampelschaltung eingesetzt werden soll.  
Techn. Beigeordneter Georg Onkelbach verweist auf die Zuständigkeit des Bauausschusses; ad hoc könne er hierzu nichts sagen.
- Ausschussmitglied Gerd Sack kritisiert, dass der Niersverband 5.000,-€ mehr erhalten habe, obwohl sie weniger Leistung erbracht hätten. In diesem Kontext erwähnt er auch das Trockenfallen des Trietbaches und die Wasserrahmenrichtlinie (WRRL).  
Techn. Beigeordneter Georg Onkelbach verweist auf die Zuständigkeit des Betriebsausschusses in dieser Sache; hierzu könne er nichts sagen.
- Ausschussmitglied Gerd Sack verweist darauf, dass von Seiten des BUND die Fraktionen hinsichtlich der Lärmschutzkommission angeschrieben worden sind, jedoch nicht alle geantwortet haben. Er fordert nochmals die Fraktionen auf zu antworten; hierzu sei die Angelegenheit zu ernst.
- Abschließend weist Ausschussmitglied Gerd Sack darauf hin, dass bei Neuplanungen von Nullenergie u. Passivhäusern Mehrausgaben von Seiten der Landesregierung möglich sind, wenn Klimaschutz betrieben wird.
- Ausschussmitglied Hermann Pflieger kritisiert die anhaltende „Vermüllung“ der S-Bahn-Station in Korschenbroich; von Seiten der Bahn werde hier nichts unternommen. Zudem wurden die neuen Fahrscheinautomaten nur einseitig und dann noch in Fahrrichtung Mönchengladbach aufgestellt (falsche Seite, da in MG die S-Bahn endet).

Ausschussmitglied Denis Teppler Lenzen pflichtet Herrn Pflieger hinsichtlich der Aufstellung der Fahrkartenautomaten bei.

Techn. Beigeordneter Onkelbach stellt fest, dass die Stadt keinen Einfluss auf die Standorte und Anzahl der Fahrscheinautomaten hat. Er verweist darauf, dass die Zahl der Leute die ihre Fahrkarten über App und nicht mehr am Automaten ziehen, stetig zunimmt. Die Leerung der Mülleimer und der Zustand der Außenflächen sei ein Ärgernis. Hinsichtlich der Beseitigung von Graffiti hat sich das Konzept hingegen bewährt (kurzfristige Beseitigung).

Man werde die Bahn hinsichtlich der genannten Mängel nochmals Anschreiben und auf Antwort hoffen. Es sei jedoch immer schwieriger einen Ansprechpartner zu finden, dies sei früher besser gewesen.

Ausschussmitglied Jochen Andretzky geht nochmals auf die Standorte der Fahrscheinautomaten ein und dass diese auf dem falschen Bahnsteig stehen, wo kaum jemand eine Fahrkarte zieht.

Hiermit bestätige ich, dass diese digitale Ausfertigung der Niederschrift mit dem Original übereinstimmt.

gez.  
Marc Venten  
Bürgermeister